

Volke-Zeitung

Deerlundfünffzigster Jahrgang.

Preis 1.25 M. Anzeigen-Annahmestelle: Halle, Markt 24 und Große Ulrichstr. 25.

Nr. 8.

Halle, Montag, den 6. Januar.

1919.

Im Zeichen der Demonstrationen.

Der Kampf der Massen. — Das sozialdemokratische Wahlbüro gestürzt. — Die Spartakisten wollen die Regierung kürzen. — Auch die Regierungsanhänger werden bewaffnet. — Stillliegen der Berliner Betriebe.

Neue Massendemonstrationen der Spartakisten.

Ein Ultimatum an die Regierung. — Aufhebung neuer Gebodungen.

1. Berlin, 6. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Die Note vom 4. d. M. fordert heute wieder zu einer Massendemonstration auf. Es wird damit getreuet, daß die Spartakisten versuchen werden, die Regierung zu kürzen und daß es zu Zusammenstößen kommen wird. Wie wir hören, haben die revolutionären Berliner Arbeiter und Soldaten der Regierung ein Ultimatum gestellt, sofort zu folgenden Beschlüssen des Reichstages und diese von den Arbeitern und Soldatenräten zum Gehör erhabenen Beschlüsse sofort in Kraft treten zu lassen:
2. Sofortige Entlassung aller Offiziere.
3. Entlassung der Mandatbegehren.
4. Die restliche Kommandogewalt liegt in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte.
5. Wahl der Führer durch die Mannschaften.
6. Auflösung der alten Armee, sofortige Auflösung aller Sonderformationen, Einführung einer einheitlichen Volkswache.

Wie uns unker Berliner Vertreter weiter mitteilt, hörte man noch in den heutigen Morgenstunden wieder eine Schreie.

Sortierung der Demonstrationen.

Regierungstruppen aus Potsdam in Berlin ein getroffen.

Berlin, 6. Jan. (Eigene Drahtnachricht.) Berlin steht heute wiederum im Zeichen der Demonstrationen. Die Unzufriedenheit und die Spaltungswellen haben ihre Anhänger um 11 Uhr in der Steglitzer Allee versammelt und schon um 12 Uhr begann die Bewegung. Die Teilnehmer sind teilweise wieder freigesprochen worden. Andere, so der „Vorwärts“, sind von den Spartakisten jedoch befehligt.

Die Regierung hält seit heute früh Beratungen ab, hat aber bisher nur auf Vorschläge der Volksbeauftragten Rücksicht genommen. Die Regierungsanhänger ebenfalls zu demonstrieren. Andere Beschlüsse sind von der Regierung nicht befolgt worden. Sie sind vielmehr aber eine Gegenmanifestation angeregt, und nach Zusammenrufen der Anhänger der Regierung in die Wilhelmstraße, die zur Stunde voll.

Handig von Menschenmassen erfüllt ist. Die militärischen Kräfte sind überall durch ausverfügbare Truppen verstärkt worden. Aus Potsdam sind im Laufe des Vormittags teilsweise Truppen eingetroffen. Ob es zu Zusammenstößen oder zu blutigen Demonstrationen kommt, ist noch nicht zu sagen. Man rechnet aber damit, daß heute die Entscheidung fällt und daß es zu blutigen Zusammenstößen kommen wird. Einhorn steht mit der Sicherheitsfrage noch immer das Problem. Die Regierung denkt jedoch nicht, das Ultimatum der Berliner Demonstration anzunehmen und ihn zurückzugeben. Man kann auch mit einem Rücktritt der Regierung, von dem heute nichts abzuwarten ist, nicht rechnen. Die Groß-Berliner Betriebe sind infolge der inoffiziellen Demonstrationen und der Gegendemonstrationen der Mehrheits-Sozialisten heute außer Betrieb.

Die Befehung der bürgerlichen Zeitungen Berlins.

Der „Vorwärts“ erneut befehigt. — Einhorn immer noch im Amt. Berlin, 6. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Im Anschluß an die Demonstration der Spartakisten ist gestern nachmittags 6 1/2 Uhr wiederum der „Vorwärts“ befehigt worden.

Erst am Freitag der letzten Befehung mit einer Schußwunde von 80 Mann mit 6 Maschinengewehren befehigt wurde. Die Führer der Demonstration erklärten, von nun an selbst den „Vorwärts“ herauszugeben zu wollen. Dazwischen und Schere wurden befehigt. Dann wurde auch das Propagandabureau der Mehrheits-Sozialdemokratie gegenüber dem Vorwärtsgebäude befehigt. Das Gebäude wurde ausgeträumt und große Stöße von Stahl- und anderen Gegenständen wurden verstreut.

In den Abendstunden wurde das Woffische Telegraphenbureau sowie fast sämtliche Berliner Zeitungen, so u. a. das „Berliner Tageblatt“, die „Woffische Zeitung“, die „Morgenpost“, der „Volks-Anzeiger“ usw., von den Spartakisten befehigt. Die Zeitungen sind heute morgen nicht erschienen. Anscheinend haben sich alle diese Aktionen ohne blutige Zusammenstöße vollzogen. Die Regierung hat noch keine weiteren sichtbaren Maßnahmen zur Durchsührung der von ihr angeordneten Befehung des Berliner Polizeipräsidenten Einhorn getroffen. Er ist zunächst weiter im Amt.

Vorsichtsmaßnahmen in Berlin.

Berlin, 6. Jan. Im Laufe des gestrigen Nachmittags ist eine Anzahl von militärischen Geschützen, u. a. auch das Berliner Rathaus, von Sicherheitsmannschaften und Soldaten besetzt worden. In einzelnen Fällen wurden auch Waffenschätze in den Gebäuden untergebracht. Zu welchem Zweck diese Maßnahmen getroffen wurden, war jedoch den Sicherheitsmannschaften unbekannt. Wie das „V.“ hört, soll es sich um eine Vorsichtsmaßnahme handeln. Es ging das Gerücht, daß die gestrigen ein Versuch von irgend einer Seite geplant sei.

Wüste spartakistische Krawalle in Stuttgart.

Stuttgart, 6. Jan. Von militärischer Seite wird uns mitgeteilt: Heute morgen hat auf dem Schloßplatz eine Soldatenverjagung stattgefunden. In deren Verlauf vor dem Reichstagsgebäude der Straßenzug demonstriert und der Hauptplatz fast für 15 Minuten wieder durchgesperrt wurde. Danach begab sich die Menge vor das Kriegsministerium, wo Herr Schneider sprach. Die Rede wurde mit Beifall angenommen. Die Erwidrerung des Reichers des Kriegswesens hatte keinen Erfolg, denn die Menge, überwiegend in Uniform, drang in das Gebäude, erbrach die Schranke, wo die Woffische mehr empfindlich waren, zerbrach beziehungsweise auf die Woffische herunters. Mit dem Besprengen, das wieder zu kommen, entzündete sich der „Vorwärts“. Eine der in einem nachher ausgehenden Aufmarsch angeführten Demonstration auf der Entlassung der Offiziere. Der Soldaten- und Arbeitererrat, an der Spitze der Leiter des Kriegswesens, waren nachfolgend.

Ludendorff in Moskau?

Basel, 6. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Die „Basler Nachrichten“ berichten aus Stockholm: Hier einwirkende Meldungen aus Petersburg versichern mit Bestimmtheit, Ludendorff habe sich nach Wostok geflüchtet. Die Sowjetregierung habe ihm das Oberkommando über die Armeen der Bolschewiken anvertraut. (Beiläufig abwarten! Die Red.)

Massensterben in Wien.

Wien, 6. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Wie der Zürcher Post aus Wien erfährt, hat die fürstliche Leichenhalle in der Stadt an. Nach amtlichen Mitteilungen haben täglich 400 bis 500 Menschen infolge von Kräntheit und Hungerstarb.

Amerikas ungeheure Schuld.

Berlin, 6. Januar. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt zu den Erklärungen Hoovers: Uns scheint, daß Herr Hoover über die wirtschaftliche Lage in Deutschland sehr wenig unterrichtet ist. Wenn Amerika seinen Reichsfall zum Zeitpunkt und damit eine so schnelle Bezahlung Deutschlands, wie sie notwendig geworden ist, hinausgezögert, dann nimmt es eine ungeheure Schuld auf sich. Die Reichsregierung Hoovers sind ein Sohn auf alles Menschlichkeit empfinden, dessen sich die Amerikaner nicht laut genug rühmen konnten. Er mag sich damit mit Rücksicht auf denjenigen, die den über alle Begriffe völkerrechtswidrigen Auswanderungsstreik über deutsche Frauen und Kinder verhängt haben, indem er ihn noch über den Reichsfall hinaus weiter fortsetzen will.

Das brennende Deutschland.

Von Carl Helms-Halle.

Lichterloh brennt das Deutsche Reich an allen Ecken und Enden. Es scheint, als ob der nationale Sinn von Tag zu Tag mehr verkümmert und als ob der Zerfall des Reiches nicht mehr aufzuhalten ist. Gegen Landesvertreter ist eine Regierung maßlos, die stillschweigend seit ihrem Bestehen das Befehlen eines — Bundes der Destruktion duldet. Der mit dem Gelde der russischen Revolutionäre genährte Gedanke des Bolschewismus macht reizende Fortschritte, die Hunderttausende von Arbeitern, die da feiern (nicht wegen Arbeitslosigkeit), vernichten, die Unordnung wird größer, jede Autorität wird verneint. Die Regierung muß anerkennen, daß sie energig nicht eingreifen könne, weil sie den Abfall von noch weiteren Truppen und deren Übertragung in das Lager der Spartakisten duldet. In einem solchen Moment mußte die Tagung aller deutschen Bürgerräte und Bürgerausschüsse einen erhebenden Eindruck machen, weil hier zum erstenmal seit der Revolution in gemeinschaftlicher Tagung aus etwa 150 deutschen Städten aller Gauen unseres Vaterlandes der Ruf erklang: Wir beugen uns nicht einseitig der Klassenherrschaft, wir beugen uns nicht dem anmaßenden Verhalten der Bolschewiken. Wir wollen auch zukünftig nur den deutschen Bürgergeist zeigen und auch fernherhin unsere Landesregierungen schlagen. Das war der Ausdruck eines Willens, der noch nicht ausgezehrt ist, der nur schlummernd und nur aufgerüttelt zu werden braucht.

Für diese Aufklärung der Gemüter sorgen die Ereignisse im Osten in einer furchtbaren Weise. Was deutscher Geist in jahrzehntelanger Arbeit schuf, ist bedroht. Wort und Tat sind im Osten in der Tagesordnung, daß man selbst das Kopfweh darüber verlernt hat. Die Briefe häufen sich in unserer Redaktion, die von Verwandten unserer Leser kommen und die von den Weibern erzählen, die die deutschen Kulturzionisten des Ostens erdulden müssen. Sie sind nicht mehr sicher auf der Scholle, die sie und ihre Räter bebauen. Sie wissen nicht mehr, ob sie noch werden ernten können, was sie jetzt säen wollten. Überall drängt der polnische weiße Adler vor und wirft die hinter Scherz Ordnung und Geistesmäßigkeit zurück. Ein einziger, tieferer Reichsrat war das, was die Vertreter ostdeutscher Städte auf der gestrigen Tagung der Bürgerräte des Reichs zum Ausdruck brachten. Man klammert sich noch an das Deutschland, und man erhofft, daß wir, die Brüder in Mittel- und Westdeutschland, Hilfe bringen und die furchtbare Not des Ostens erkennen. Jede persönliche Freiheit ist untergegangen. Lebendige Augen umpeifen unsere Brüder, wenn sie es auch nur wegen, den Fuß auf die Straße zu legen. Der Wille, im Osten das Deutschland nicht schmachtend untergehen zu lassen, hat hier und da zur Selbsthilfe geführt. Bromberg wird geschickt von Kompagnien, die sich nur aus Offizieren zusammensetzen. In Danzig ist eine kolonialistische gebildete Bürgerwehr bereit, mit dem Leben dafür einzutreten, daß rein deutscher Boden auch in der Zukunft deutsch bleibt. Hier zeigt sich bereits, was energig, geschlossener Wille zur Tat vermag. Es ist aber doch nur zu natürlich, daß unsere ostdeutschen Brüder mit brennender Sehnsucht nach Hilfe und Unterstützung ausfragen.

Aber woher soll diese Hilfe kommen? Sie müßte kommen von der Regierung, die die logenante Gewalt in der Hand hat und die seit dem Ausschließen der Unabhängigen auch „homogen“ ist. Diese Regierung ist jedoch selbst ohnmächtig. Sie verdient den Namen einer Regierung nicht einmal für die Reichsrepublik selbst, mo ihr Verhalten immer härter den Haß und den Spott des Auslandes herausfordert. Man braucht sich in Berlin nur Schloß und Marstall, um dem kam noch eine einzige Feuerschicht zu erblicken, anzusehen, um so recht zu erkennen, was in Berlin vor sich ging. Und man braucht weiter nur an ein oder zwei Tagen in Berlin selbst zu sehen, wie sich dort das Leben vollzieht. Das ist das große Chaos, das wir seit den karmischen Novembertagen immer befürchteten. Die Regierung hat zur Absicherung aller von den militärischen Befehlshabern kommenden Befehle angeordnet. Der Erfolg war in Berlin gleich Null. Drei Auforderungen sind nichts weiter als die Zielhilfe bolschewistischer Willen. Niemand nimmt die angeordnete Strafe von 3 Jahren Gefängnis oder 100 000 Mark ernst. Die Befehle werden nicht nur nicht abgeleiert, die Befehle im

Die Tagung des Reichsbürgerrates in Berlin.

Die Stellung der Bürgergeräte und Bürgerorgane — Für die Erhaltung der Reichseinheit. Ein Gruß nach Wien. — Die Selbsthilfe im Osten. — Organisation aller Bürgergeräte im ganzen Reich. — Eine weitere Tagung in Leipzig.

Beste der Sozialisten, die den Krieg aller gegen alle wollen, werden nie mehr zueinander gehen. Und eine Regierung, die nicht einmal an ihrem Egoismus gemessen wird, kann niemals eine Regierung sein, kann niemals wieder Ruhe und Ordnung herstellen. Die eigentliche Macht liegt heute schon in den Händen derjenigen, denen deutsches Bürgerblut so leicht wegt, daß sie es mit Heckerlegung auf den Bürgerkrieg hinführen. Die jetzigen Umzüge der Sozialisten in Berlin sprechen für sich selbst. Hunderte von Demonstranten führen ihre Plakate; friedlich ihres Weges dahingehende Bürger werden bedrückt, Offiziere in empörender Weise geschlagen. Das sind die Erfolge des sozialdemokratischen Zukunftsstaates!

Aber um die Diktatur der Regierung recht deutlich zu dokumentieren, haben die Sozialisten nunmehr das Wolffsche Telegraphen-Bureau besetzen lassen, so daß das deutsche Volk seit gestern aber nur noch aus menschen Privatnachrichten erfahren kann, wie es auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete befehligt ist. Wenn die Entente, um ein praktisches Beispiel zu erwirken, irgend etwas gegen Deutschland unternimmt — das deutsche Volk, das den Frieden herbeiseht, würde es nicht erfahren, weil das halboffizielle Nachrichten-Bureau Privatgenügen jener Staatsverbrecher um Vieles geworben ist. Auch der Berliner „Vorwärts“, das Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie, ist in den Besitz der Sozialisten übergegangen. Um der Entente besonders deutlich die Notwendigkeit einer starken Hand in Deutschland zu illustrieren, sind in der letzten Nacht auch fast sämtliche bürgerlichen Zeitungen von sozialistischen Vandalen besetzt worden. Die Regierung der Herr, Scheidemann und Genossen zeigt sich in seiner Eigenschaft als Polizeipräsident von Berlin ab. Eschhorn verpöbelt diese Wirkung und die Regierung besitzt nicht die Mittel, um ihrem Willen Nachdruck zu verleihen. Ein solch gemeinliches Treiben rückt die Gefahr näher, daß die Entente unser einst so stolzes und starkes Vaterland besetzt.

Die Schuld hieran werden dann die nach Bürgerblut verlangenden Sozialisten tragen, aber auch die Regierung der Wehrheits-Sozialdemokratie, die es niemals verstand, mehr als ein willenloses Werkzeug anderer Schieber zu sein. Der hohe gute Wille ist wertlos, wenn ihm nicht die Tat folgt. Und an Taten zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Gerechtigkeit hat es die Regierung immer fehlen lassen. Die Ursache der jetzigen Diktatur der Regierung ist ihre stets bewiesene Inkompetenz. Sie scheute in den Tagen schwerer Entscheidungen Tugend vor Opfern, um jetzt und in der Zukunft Hunderte von Opfern von sozialistischer Hand dahinzuordnen zu lassen. Von der Willkür hieran wird kein Geschichtsschreiber die Regierung der Wehrheits-Sozialdemokratie frei machen können. Das gilt in Bezug auf die Vorgänge in Berlin wie auch auf die im Osten. Die große Gefahr wird man heute nicht mehr besichtigen können. Dazu ist es wieder einmal zu spät! Die Gefahr kann nur noch eingedämmt werden. Und auch das kann nur geschehen, wenn sich das Bürgerium mit selbstverständlicher Einschließung aller derjenigen Arbeiter, die noch nicht dem bolschewistischen Wahnsinn verfallen sind, bewußt wird, daß es heute gilt, einen großen Freiheitskampf zu führen, der nicht geringer ist als derjenige, den unsere Großväter und Urgroßväter vor mehr als hundert Jahren durchkämpfen mußten. Wie vor hundert Jahren führen wir heute einen Freiheitskampf um die Erhaltung dessen, was wir ererbten. Wir müssen dieses Erbe auf uns nehmen, um es zu beschützen. Das ist der tiefe Sinn des jetzigen Kampfes, der an dem entscheidungsgewissen Sonntag, am 19. Januar, zu einem wesentlichen Teile entschieden werden soll. Das schon freudige Deutschland werden wir nur retten können, wenn der fürstliche Gruß der Stunde auch in dem kleinsten Dorfe, wenn er in jeder noch so bescheidenen Hütte erkant wird.

Unsere Ukraine Truppen schwer gefährdet.

Berlin, 5. Januar. Antike Mitteilungen der Obersten Heeresleitung über unsere Truppen im Osten.

Nach einer Meldung der Heeresgruppe Kiev haben in Aufhebung gegen die Wehrkräfte des 22. Reservekorps und 2. Reservekorps, ferner das 22. Reserve-Infanterie-Regiment 9 ihren Posten verlassen und wichtige Bahnhöfe erobert. Die geschlagenen Verbände des Heeres ihrer weiteren Kampfbereitschaft. Durch die vielen ohne Besatz stehenden Transporte wird die Kommunikation auf dem Ostfronten als höchste gefährdet. In den unbesetzten Linien, Bessarabien und Galizien ist eine Abwanderung von Menschen entsetzlich, die nicht genügend schnell auf der deutschen Seite nach Westfront abgehoben werden können. Das von den Truppen eigenmächtig mit Beschlag belegte russische Material steht an Stellen, wo es dringend gebraucht wird. Die seit langem geführte, seit einigen Monaten offen bestehende Disziplinlosigkeit begünstigt eine Gefahr für unsere Ukraine-Truppen zu werden.

Wien, 4. Jan. Nach einem in Lwow eingelaufenen Telegramm hat die Regierung in Kiew angeordnet, daß sämtliche in der Ukraine befindlichen deutschen Truppen bis zum 25. Januar von Kiew endgültig zu verziehen haben.

Wohl der belgischen Verfassung.

Brüssel, 6. Jan. (Eigene Drahtnachricht.) Der Haager Vertreter der „Neuen Zürcher Zeitung“ meldet: Der belgische Ministerat beschäftigt sich bereits mit der Wahl der belgischen Nationalversammlung, in welche im Mai stattfindet. Die Wahl wird eine neue Verfassung heißen.

Deutsches Reich.

Vollständige Demobilisierung des deutschen Heeres.

Die Demobilisierung des deutschen Heeres ist sehr weit vorgeschritten. 150 Divisionen haben bereits abgerufen, 18 Divisionen haben noch abzurufen. Aber auch hier arbeitet die Demobilisation außerordentlich schnell vorwärts. So ist z. B. die 6. Reserve-Division vor zwei Tagen angekommen und hat die Besatzung ab. Heute verlassen.

Keine Einlösung deutscher Kassen in der Schweiz.

Von der schweizerischen Central-Bankendirektion A. S. wird folgende Erklärung aus einem Sonder-Briefe mitgeteilt:

Die Schweizer Banker übernehmen vollständig den Einzug der letzten Einlösung nicht mehr. Die verbleibenden schweizerischen Kassen in Berlin verbleiben den deutschen Kredit mehr als ein verlorener Betrag.

Nachmittags-Sitzung

Berlin, 5. Jan. (Eig. Drahtnachricht.) Im Anschluß an den in unserer Morgenansage enthaltenen Bericht über die Tagung des Reichsbürgerrates wird uns weiter gemeldet:

Die Debatte über die beiden ersten Punkte der Tagesordnung fortgesetzt.

Der Mann-Bremen betonte die Unterschiede zwischen der Wehrheits-Sozialdemokratie und der Sozialisten.

Der nächste Redner tritt für eine höhere Bewertung der bürgerlichen Parteien ein.

Dr. Bied. Dresden spricht für den Zusammenschluß aller bürgerlichen Parteien bei den Wahlen.

Ein weiterer Redner betont, daß die Sozialdemokratie die bürgerlichen Parteien angreife und daß es schon deshalb Pflicht der bürgerlichen Parteien sei, gemeinsam im Kampfe gegen die Sozialdemokratie zusammenzutreten.

Nach weiterer Debatte erteilt Dr. Helms-Halle erneut auf, daß streng an die Sache zu halten, da man nicht wisse, ob die Tagung in Ruhe beendet werden könne. Im Anschluß hieran bezieht der Vorsitzende das mit Sitzungen der Tagung zu rechnen ist, da

Spezialisten im Anzuge

Herr Dr. Wessel-Berlin betont gleichfalls, daß mit Sitzungen in kurzer Zeit zu rechnen sei. Es komme alles an auf die Erhaltung des Bürgeriums, weil ein Volk ohne Bürgerium nicht existieren kann. Redner begründet die nachstehende Resolution:

Die Bürgergeräte stellen nachdrücklich ein für die

1. Kennzeichnung von Arbeitsstellen und Sicherung gesetzlicher Minderheiten.

Die Lehren der einheitlichen parteipolitischen Organisation und geistliche Klärung der Arbeit, wie sie zu einer kulturellen und wirtschaftlichen Aufhebung anderer Völker und seiner Zukunft führen muß. Sie erachtet die Erhaltung eines arbeitsfähigen und lebensfähigen Bürgerstandes für die wirtschaftliche Entwicklung und den kulturellen Aufstieg anderer Völker für unerschöpflich. Sie lehnt aus sozialen Verantwortungsbewußtsein für die Wahrung der sozialen Rechte und für die Erhaltung der aus ihr sich ergebenden heutigen und zukünftigen Aufgaben.

Ein zweiter Teil der Resolution, der sich mit der Stellungnahme bei den Wahlen bezieht, lautet:

Der Reichsbürgerrat erachtet von den politischen Parteien einen kraftvollen Schutz des Bürgeriums, vor allem aber verpflichtet er die Verbindung der Wahlkreise über den, wo sie zur

Wahrung der Reichseinheit und der nationalen Interessen dient.

Zur Begründung dieses Teiles der Resolution führt Herr Dr. Wessel-Berlin an:

Damit haben wir auch zugleich den anderen Parteien den Schlüssel angedeutet. Von Partei die anderen Parteien — Redner erinnert hier an die Haltung desentrums im Westen — zeigen, daß sie wirklich die deutsche Politik höher stellen, als die Parteipolitik.

Wegen der drohenden Sitzungen der Tagung wird darauf die Fortsetzung der Diskussion unterbrochen und die Resolution in ihren beiden Teilen zur Annahme gebracht.

Antwort von Dr. Helms-Halle auf einen allgemeinen Zusammenschluß aller Parteien im Kampfe gegen die Sozialdemokratie werden nach längerer, teilweise hitziger Debatte abgelehnt. Ein Schlussatzung beendet die weitere Diskussion. Damit sind auch die übrigen zu diesen Punkten noch vorliegenden Vorschläge erledigt.

Der nächste Punkt der Tagesordnung betrifft die Reichseinheit.

Der Referent Professor Schäfer von der Berliner Universität, geht auf die separatistischen Tendenzen ein und schildert das Verhalten der Franzosen im Elsaß, das amnestische Verhalten der Polen in Polen und Oberschlesien. Werden dem Deutschen Reich die großen Gebietsteile im Westen und Osten entzogen, dann fallen wir

in die Zeit der Kleinstaaterei zurück und dann wird wieder Bundesantenne von Deutschen gemungen, und dann wird es wieder. Weiter tritt Redner für eine Verbindung mit Deutschland ein.

Hierzu liegt eine von Dr. Meyer-Weber, München, Helms-Halle, Dr. Schmidt-Eberfeld, Dr. Koch-Berlin, Kewlowitz, Demag und Schieman - Redner beantragte Resolution vor, die folgenden Wortlaut hat:

1. Der Reichsbürgerrat betont sich
- a) ungeschwächt für die Aufrechterhaltung des Deutschen Reiches
- b) auf bundesstaatlicher Grundlage für die unsere Väter gekämpft und unsere Brüder im Weltkrieg gekämpft haben, und die eine unerschöpfliche Quelle der nationalen und kulturellen Entwicklung für das ganze deutsche Volk ist. Er bekennt sich zu allen bürgerlichen und sozialen Forderungen, die diese Einheit betreffen, und jede vorzeitige und einseitige Neuordnung Deutschlands.
2. Der Reichsbürgerrat nimmt für das deutsche Volk das Recht der freien Selbstbestimmung der Nationen ebenso in Anspruch, wie er es für die nicht deutschen Völker im Osten und im Westen des bisherigen Reiches anerkennt. Er erhebt

schärfen Einspruch gegen jede Vorwegnahme der Friedensentscheidungen durch Annexion und Bereinigung im Westen und Osten, Nord und Süd und fordert hier wie dort lautihe Auseinandersetzung, die das Selbstbestimmungsrecht im beiderseitigen Interesse der aufeinander angewiesenen Nachbarvölker anwendet und natürliche Zusammenhänge nicht zerschneidet. In Sonderheit erhebt er Einspruch gegen jede Verwallung der

national, wirtschaftlich und geistlich unerschöpfliche Quelle der nationalen und kulturellen Entwicklung für das ganze deutsche Volk ist. Er bekennt sich zu allen bürgerlichen und sozialen Forderungen, die diese Einheit betreffen, und jede vorzeitige und einseitige Neuordnung Deutschlands.

2. Der Reichsbürgerrat fordert mit Nachdruck, daß die Reichsregierung im westlichen Osten sofort mit allen Machtmitteln des Staates den bedrängten Vorkriegsgenossen, deren Leben und Eigentum durch die Polen bedroht ist, zu Hilfe kommt.

Weiter wird zu diesem Punkte der Tagesordnung von Dr. Meyer-Weber, München und Helms-Halle die Ablehnung des folgenden

Telegramms an die deutsche Reichsregierung in Wien

beantwortet:

Der im Abgeordnetenhaus in Berlin tagende Reichsbürgerrat, zu welcher Delegierte aus allen Teilen des Reiches erschienen sind, entbietet dem Reichs-Delegationen in Wien

den besten Gruß. Er begrüßt mit Freude die in entschlossener Bestimmung ihres Deutstums von Deutsch-Deutscher Seite her erfolgte Teilnahme an der Tagung des Reichsbürgerrates und wendet sich auf das höchste gegen jeden Versuch das Recht von Millionen Deutschen deutschen Stammes auf seine freie Selbstbestimmung einzusengen oder zu unterdrücken.

Das Präsidium des Reichsbürgerrates über

Ein Redner aus der Provinz Polen führt Klagen über die Mangelfähigkeit des Grenzschutzes.

Der nächste Redner spricht für den Bürgerrat Dienstag: Die Polen sollen nicht mehr

einen freiesollen Danzig bekommen. Damit haben aber auch alle Konventionen auf, die wir zu machen gewillt sind. Es ist ausgeschlossen, daß die Polen einen Schritt durch Westpreußen ziehen. Nach vor wenigen Tagen hat uns die Regierung in Danzig erklärt, sie habe nicht 10 Mann zu verlässlichen Truppen in Danzig, um die Stadt gegen die Polen zu schützen. Darum sind wir selbst an die Lösung dieser Aufgabe gegangen. Wir haben

schonmal eine Bürgerwehr in Danzig gegründet, die den Schutz der Stadt selbst besorgen soll. Sodann haben wir uns mit den ersten Polizeibehörden in Verbindung gesetzt, die sich geschlossen auf unsere Seite gestellt haben. (Stürmische Beifall.) Das zweite Vortragsstück hat sich auf die Organisation unserer Seite gestellt. Wir fordern vor allen Dingen Aufklärung aller Deutschen über die drohende Gefahr und wir müssen die Regierung veranlassen, daß sie alle Mittel, über die sie noch verfügt, erteilt und schnellstens in Anwendung bringt.

Kreis- und Provinzialräte soll die Verhältnisse in ihrer Gegend kennen. Das kann bei dort von der politischen Gefahr aus betrachtet. Die Polen gehen ganz offensichtlich davon aus, das

Zustandkommen der Wahlen für die Nationalversammlung in den Provinzen zu verhindern.

Auf ihn, den Redner, wurde ein Votenzensur abgegeben, als er sich einer Verharmlosung der deutschen Sozialdemokratie bediente. Nach dem Antrage ist in Folgendem ein deutscher Offizier vom Fiedre geschlagen worden. Gegen die Wortreden der Polen müsse mit aller Macht protestiert werden. Schließlich seien Offiziere doch auch noch Menschen.

Ein Redner aus Bromberg berichtet: Die Lage in Bromberg erscheint seit dem geistigen Sonnabend sehr sicher. In jeder Wehrkreisstelle haben sich

Die Offiziere zusammengerufen

und aus ihren eigenen Reihen ganze Offizierskompanien gebildet, die die sieben Jahrszahl haben. Vom Berg geleitet hatten. (Stürmische Beifall.) Redner schließt mit einem warmen Appell für die Erhaltung des Deutstums im Osten. Schließen Sie uns Mannschaften aus Osten und Mitteldeutschland. Helfen Sie uns Schützern, damit wir nicht den Polen anvertraut in die Hände fallen.

Bahawilmer sprach protestiert gegen die Regierung deren Schuld er nicht anerkennen will. Infolgedessen werden Offiziere, die Ausländer tragen der Unterdrückung des Grenzschutzes gegen den Reich. (Beifällige Zurufe: Sehr richtig!) Leider steht die Regierungsmannschaft auf bürgerlichen Boden. (Stürmische Zurufe: Nimmt mit ihm!) Man soll uns nur rufen, auch wir sind bereit zum Einsatz für unsere geliebte Heimat.

Dr. Meyer-Weber, München spricht als Südbürger gleichseitig für die Erhaltung der Reichseinheit und für den Anschluss von Deutsch-Ostpreußen.

Rubmann-Böhm: Das westfälische Zentrum besteht nicht daran, irrendem gegen das Reich vorzugehen. Man hält in Westfalen fest am Reich und auch fest an Preußen.

Wien als erster Redner: Die Regierung möge sich an die Offiziere wenden damit

gute Kameraden von Offizieren geschickt werden, die dann unerschütterliche Truppen bereitstellen können. Sabotage: Auch Schließen will sich nicht am Reich trennen. Nur machen sich hier und da Betreibungen für eine Selbständigkeit Berlin.

Dr. Koch-Berlin spricht angedeutet der Auslandsdeutschen. Wessel-Berlin befragt ihn darüber, daß die deutschen Regierungsveterinäre im Ausland von jeder Art zu wenig um die Deutschen in der Fremde kümmern. Dringend notwendig sei die

Reaktion des Auswärtigen Amtes.

Kleinke können nur Männer hinausgehen, die mit allen Waffen ausgestattet sind und allen Gefahren abwehrbereit sind. Wir müssen wissen von der Art des Lebens, Ausrüstung und Industrie und nicht nur solche Männer, die sich auf dem Markt großer Gesellschaften bewegen können. (Stürmische Beifällige Zurufe.)

Erst in der Zeit der Reichseinheit wahrhaftig zum Volke werden! Der Reichsbürgerrat einmal gesagt. Das trifft vollständig auf jetzt zu. Das Schicksal möge uns dann bewahren, daß wir nicht einmündig in die Reichsregierung zurückgeworfen werden. Wir wollen auch in der Zukunft mit dem Großen durchhalten können: „Ganz dank Dir, Gott, daß ich ein Deutscher bin.“ (Stürmischer langanhaltender Beifall.)

Darauf wird die obige im Wortlaut mitgeteilte Resolution genehmigt. Ebenso wird die Ablehnung des Telegramms an die dem Reichsregierung in Wien geschickten. Weitere zu diesem Punkte vorliegende Resolutionen werden der Kommission als Material übergeben.

Der nächste Punkt der Tagesordnung betrifft die Bildung eines Reichsbürgerrates.

Referent ist Herr Dr. Koch, der die Notwendigkeit eines Reichsbürgerrates begründet und die folgenden Grundzüge beantragt:

1. Der Reichsbürgerrat, wie er heute verfaßt ist, konstituiert sich als Reichsbürgerrat und wählt eine Kommission von 15 Mitgliedern, welche die folgenden Grundzüge
- a) für die Verfassung der Bürgergeräte,
- b) für die Aufgaben, in ihren Grundzügen einheitlich für das Reich

festsetzt.

2. In Folge von dieser Kommission folgende Leitlinien mitzugeben:

a) Die Nationalen Bürgergeräte im Reich, welche die von der Kommission festzulegenden Grundzüge für ihre Verfassung und ihre Aufgaben annehmen, gebildet als Mitglieder des Reichsbürgerrates an.

b) Die werden im Reichsbürgerrat in der Reichseinheit, daß jeder Bürger eine Stimme erhält. In allen Gemeinden über 50 000 Einw. tritt zu dem weiteren je 50 000 Einw. für angelegene 80 000 eine weitere Stimme hinzu. Das Stimmrecht kann durch eine von dem betr. Bürgerrat delegierte Person ausübt werden.

3. Der Reichsbürgerrat wählt alljährlich einen Vorort, in welchem die alljährlich im März zu bestimmter Veranlassung der Reichsbürgerrates stattfinden. Der Vorsitzende des Bürgerrates in dem betr. Vorort führt den Vorsitz in der Versammlung des Reichsbürgerrates.

d) Für die Führung der laufenden Geschäfte wählt der Reichsbürgerrat auf die Dauer von drei Jahren einen Präsidenten und zwei Stellvertreter. Der Präsident muß seinen Sitz in der Reichsbürgerratsstadt haben, er wählt ein aus dem Reichsbürgerratsmitgliedern bestehendes Exekutivkomitee, dessen Geschäfte unter Vorsitz des

Walhalla
Operetten-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Die heusche Susanne
Operette v. Jean Gilbert.
Kasse 10, 11, u. 4-6.

Zoo.
Dienstag, den 7. Jan. 1919
abends 8 Uhr:
Grosses Extra-Militär-Konzert
von dem geliebten aus dem Felde zurückgekehrten ersten Trompeterkorps des Kaiserl. Feldart.-Regts. Nr. 75.
Leitung: Obermajorl. er. C. Steuar.
Eintrittspreise:
1. - Mk. pro Person.
(Monument aufgehoben).

H. Schnee Nacht.
Dr. Steinbr. 64.
Erstes Spezialgeschäft f. gute Strumpfwaren u. Tricotagen

Bei hartnäckigen
Hautjucken
(auch bei heftigen Bissen) verschafft Ihnen
Dr. Kochs Kühsalbe
(Anspruch)
leichte Erleichterung. - Topik.
Mk. 4. - Tube Mk. 2. -
Löwen-Apotheke
am Markt.

Säcke
aus Zellulosegewebe
bezugsgewebefrei
weich, dicht, haltbar
für alle Zwecke,
vollkommener
Ersatz für
Jute-Säcke.
Norddeutsche
Textilvereinigng
BERLIN W. 8
Mohrenstrasse 13-14.

**In Konturmasse-
Ausverkauf**
Fischer & Co.
Magdeburger Strasse 24,
Jahrgänger vom Walhalla,
kommen heute und morgen die
noch vorhandenen Bestände in
dieser eleganten, Papieren,
Papstieren, Trockenplatten,
Trockenblätter, -Blatten,
Filme, Stativ, Weges
rucksackapparate, Stereoskop,
Aufnahmegeräte,
Chemikalien etc.,
ferner Postpapier, National-
Karte u. d. r. herabgesetzten
Preisen zum Einkauf und sofortigen
weiten Verkauf, und
Geschenkgüter 10-12%, und
2-3 Uhr. A 161
Schnellste Einbehalte auf die
Badeunterhaltung. Mischung
des Salzes mit guten Neben-
stoffen, sowie Verfügen auf einen
Klein-Apparat thun entgegen
Der Maschineriehalter:
Ferdinand Wagner.

Korsells
Sehr grosse Auswahl
Günstigste Qualität.
H. Schnee Nacht.
A. v. F. E. Ermann,
Halle a. S., Gr. Steinstr. 64.

Alte Promenade 11a
Fernruf 5738.
Ringende Seelen
Grosses Liebesdrama in 4 Akten.
Nach einem Roman von Lothar Schmitz
mit
Gilda Langer und Werner Hollmann.
Gilda Langer, die ihre Liebe mit dem
Tode bezahlte.
Vorführung: 4.50 7.00 9.20.
Die beliebte Künstlerin
Ossi Oswald
in dem reizvollen 3 Akten-Lustspiel
„Ich möchte kein Mann sein!“
Ossi Oswald in einer Hosenrolle.
Vorführung: 4.00 6.10 8.20.
Leipzigerstrasse 88
Fernruf 1224.
Der berühmte Darsteller
Gunnar Tolnäs
in einem Schauspiel in 5 Akten
„Manneswille“
oder
„Das Feuer und sein Meister“
Vorführung: 4.40 6.50 9.10.
Anna Müller-Linke
in der humoristischen Posse
„Anna, die Unschuld“
Vorführung: 4.10 6.10 8.20
Infolge allzu grossen Andranges bitten
wir, möglichst die **Nachmittags-**
Vorstellungen zu besuchen. V399/5
Beginn 4 Uhr.

Deutschnationale Volkspartei
Volkverein Halle und Saalkreis.
Öffentliche Versammlung
Dienstag, den 7. Januar, abends 8 1/2 Uhr Hotel Rotes Kof, Leipziger Str. 76.
Es werden sprechen:
Frau Mampel-Halle: „Die Frau in der Politik“.
Herr Werkzeugmeister Kühme, Stadtverordneter Halle:
„Die Not des Mittelstandes, ihre Entstehung und Abhilfe.“

Sozialdemokratische Partei Deutschlands.
Vorfigende: Ebert - Scheidemann.
Halle. Am Dienstag, den 7. Januar 1919, abends 8 Uhr,
im **Goldenen Hirsch, Leipzigerstr. 63:**
Große öffentliche Frauen-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Die Frauen und die Nationalversammlung.
Rednerin: Schwester **Rühland-Dürrenberg.**
2. Freie Ansprache.
Alle weiblichen Wähler von Halle sind zu dieser wichtigen Versammlung sebl.
eingeladen. Es gilt zu beweisen, daß Ihr Euch der Bedeutung der Wahl zur National-
versammlung bewußt seid.
Deshalb auf zur Versammlung!
Der Einberufer.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Vorfigende: Ebert, Scheidemann.
Beamten heraus!!!
Staats-, Kommunal- und Privatbeamte
Öffentliche Wähler-Versammlung
Mittwoch, den 8. Januar 1919, abds. 8 Uhr im **Goldenen Hirsch, Leipzigerstr.**
Tagesordnung:
I. Wie stellen sich die Beamten zur Nationalversammlung!
Redner: **Arbeitsekretär Kiess, Halle.**
II. Freie Diskussion.
Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung für alle Beamten wird um zahlreiches
Erscheinen gebeten.

**Neuanfertigung und
moderne Umarbeitung**
familiärer Pelzsachen. h2
Solhran
Magdeburger
Strasse 131-132, Tel. 1335.
Was dem Reide zurückkehrt
habe ich meine Zeit weit werden
aufgenommen. A 07
Vaterlannt Eyck,
Magdeburg,
Raiser-Waldring 4, Tel. 1335.
Staubtücher
empfiehlt V335/5
H. Schnee Nacht,
Gr. Steinstr. 64.
E. Quinque,
Petersstrasse, Georgstr. 11.

Stadt-Theater
Dienstag, den 7. Jan. 1919
Abd. 7 1/2, Ende 10 1/2 Uhr:
Die lustigen Weiber V. Indon
Kom. Oper von Nicolai.
Mittwoch:
Ueber unsere Kraft. I Teil

**Speisezimmer
Herrenzimmer
Damenzimmer
Schlafzimmer
Küchen.**
Grosse Auswahl
in ein, oder bis ganz reicher
Ausführung.
Möbelfabrik
Albert Maridk Wadt.
Inh. Richard Ziemer.
Halle a. S., Alter Markt 2.
V1208

Thalassile: Dienstag, 7. Januar, 8 Uhr
Fiamette
HILDEGARDE
aus Wien
Klassische, oriental., moderne Tänze.
Ritter-Folge. h 1295
Karten 4, 8, 2, 1 Mk. bei Heinrich Rothau.

**Verband der deutschen Ver-
sicherungsbeamten.**
Ortsgruppe Halle a. S.
Freitag, den 17. Januar 1919, abends 7 1/2 Uhr, im
Restaurant „Mars la Tour“ (Saal), Gr. Ulrichstr.
General-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Protokollprüfung, 2. Jahresbericht, 3. Kassenbericht,
4. Bericht der Kassenrevisoren, 5. Entlassung des Vorstandes,
6. Neuwahl des Gesamtvorstandes, 7. Resolutions.
Pünktliches und vollzähliges Erscheinen
wird zur Pflicht gemacht.
h 142/1
Der Vorstand.

Hallischer Hausfrauenbund e. V.
Dienstag, den 7. Januar 1919,
abends 8 Uhr,
Mozartsaal, Weidenplan 20
Frau v. Poser
„Die Frau und die neue Zeit!“
Gäste willkommen. A288 Der Vorstand.

Stets grosses Lager in Juwelen
Ob. Leipziger
Str. 53. **Walter Hempel** Halle a. S.
Fernruf 2269. Inh. A. Peto. Geegründet 1876
V950/5

Apollo-Theater
Gaspiel Max Walden
Operetten-Gesellschaft.
Nur noch wenige
Auführungen! h 915
Das Glücksmädel
Volksstück mit Gesang in
3 Akten v. Otto Schwarz.
In Vorbereitung:
**„Die Prinzessin
vom Nil“**
Operette in 3 Akten von
Victor Holländer.
Vorverkauf Stage voraus
9-1 und 5-7.
Sonntags ununterbrochen

Hippodrom
Wintergarten,
Magdeburgerstr.
Direktor: Georg Arndt.
20000
Besucher
besaunten die
phänomenale Aufmachung.
Täglich ab 4 Uhr
Grosses Sportfest.
jeden Sonnabend
Cavalier-Ball.

Thalassile: Dienstag, 7. Januar, 8 Uhr
Fiamette
HILDEGARDE
aus Wien
Klassische, oriental., moderne Tänze.
Ritter-Folge. h 1295
Karten 4, 8, 2, 1 Mk. bei Heinrich Rothau.

**Verband der deutschen Ver-
sicherungsbeamten.**
Ortsgruppe Halle a. S.
Freitag, den 17. Januar 1919, abends 7 1/2 Uhr, im
Restaurant „Mars la Tour“ (Saal), Gr. Ulrichstr.
General-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Protokollprüfung, 2. Jahresbericht, 3. Kassenbericht,
4. Bericht der Kassenrevisoren, 5. Entlassung des Vorstandes,
6. Neuwahl des Gesamtvorstandes, 7. Resolutions.
Pünktliches und vollzähliges Erscheinen
wird zur Pflicht gemacht.
h 142/1
Der Vorstand.

Hallischer Hausfrauenbund e. V.
Dienstag, den 7. Januar 1919,
abends 8 Uhr,
Mozartsaal, Weidenplan 20
Frau v. Poser
„Die Frau und die neue Zeit!“
Gäste willkommen. A288 Der Vorstand.

Stets grosses Lager in Juwelen
Ob. Leipziger
Str. 53. **Walter Hempel** Halle a. S.
Fernruf 2269. Inh. A. Peto. Geegründet 1876
V950/5